

# Die Soziale Moderne für Hessen.

Beschluss des außerordentlichen SPD-Landesparteitages in Rotenburg a.d.F.

04. Oktober 2008

---

## 1. Regierungsbildung in Hessen

Der SPD-Landesvorstand wird beauftragt, Koalitionsverhandlungen mit der Partei Bündnis90/Die Grünen zur Bildung einer rot-grünen Landesregierung aufzunehmen. Der Landesvorstand wird zudem beauftragt, mit der Partei Die Linke in Verhandlungen einzutreten, die die Sicherstellung einer verlässlichen Unterstützung der rot-grünen Landesregierung unter Führung von Andrea Ypsilanti bis zum Ende der Legislatur zum Ziel haben. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen ist dem Landesparteitag zur Beschlussfassung vorzulegen.

## 2. Verhandlungsgrundlage

Grundlage aller Gespräche zur Regierungsbildung ist unser am 29.9.2007 vom Landesparteitag in Wiesbaden beschlossenes Sozialdemokratisches Regierungsprogramm 2008-2013 und der Beschluss des Landesvorstandes nach Beratung im Landesparteirat vom 3. September 2008.

## 3. Politikwechsel

Eine Regierung unter Führung von Andrea Ypsilanti soll den Politikwechsel in Hessen sicherstellen.

Wir wollen mit einer SPD-geführten Regierung

- die Entfaltung der Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen fördern,
- jedem die gleichen Chancen in Bildung, Beruf und Leben sichern,
- der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit dienen,
- die Möglichkeiten verbessern, Erwerbsarbeit für alle, die das wollen, anzubieten,
- die Freiheit vergrößern, das eigene Leben selbst zu bestimmen und über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit zu entscheiden,
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau voranbringen,
- durch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine nachhaltige Entwicklung auch zukünftigen Generationen Entscheidungsfreiheit lassen,
- den Zusammenhalt und die Solidarität der Generationen fördern.

(Präambel Regierungsprogramm)

#### **4. Aufgabe und Verpflichtung**

Eine rot-grüne Minderheitsregierung betritt politisches Neuland. Wir wissen um die Widerstände. Doch wir sind überzeugt, dass wir auch die Skeptiker durch eine Politik überzeugen werden, die Hessen als Land der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Stärke, der ökologischen Erneuerung und der Toleranz und Weltoffenheit im Konzert der Bundesländer positioniert. Wir haben mit unserem Programm die Breite der Gesellschaft angesprochen und in allen gesellschaftlichen Gruppen Stimmen gewonnen. Wir wollen mit unserer Politik die Soziale Moderne in Hessen gestalten und dabei die Menschen überzeugen.

#### **Begründung:**

##### **Hessen braucht den Politikwechsel.**

##### Kochs Bilanz

Nach fast 10jähriger Regierungszeit unter Roland Koch ist das Land massiv zurückgefallen. Bei allen harten Indikatoren, ob bei der sozialen Infrastruktur oder der Wirtschaftsentwicklung, ob beim Arbeitsmarkt, ob beim finanzpolitischen Status, ob bei der Bildungssituation, bei der Inneren Sicherheit oder dem ökologischen Zustand, ist Hessen rückständig. Eine Landesregierung unter Führung von Andrea Ypsilanti muss Hessen wieder an die Spitze führen.

##### Wahlergebnis

Das Ergebnis der Landtagswahl zeigt, dass die Parteien eine Mehrheit bilden können, die den Politikwechsel und die Ablösung von Roland Koch versprochen und in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung gestellt haben.

Dennoch ist die Bildung einer handlungsfähigen Regierung aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Hessischen Landtag schwierig. Erstmals in der Geschichte Hessens sind im Hessischen Landtag fünf Fraktionen vertreten. Alle im Landtag bisher vertretenen Parteien hatten sich im Vorfeld der Landtagswahl auf diese Herausforderung offensichtlich noch nicht eingestellt. Die Koalitionsaussagen bewegten sich im bisher gewohnten Muster. Würden alle Parteien weiterhin bei ihren Koalitionsaussagen bleiben, könnte keine Regierung gebildet werden.

##### Die Ampel

Die SPD hatte der FDP ernsthafte Gespräche über die Bildung einer Ampelkoalition angeboten. Die FDP hat bis heute jedes inhaltliche Gespräch verweigert und damit massiv gegen parlamentarische Grundregeln verstoßen. Die hessische FDP wird ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht im Geringsten gerecht. Sie lehnt eine Ampelkoalition brüsk ab und hat sich auf Gedeih und Verderb an Roland Koch gekettet. Ein Aufbrechen dieser Position ist derzeit nicht ersichtlich.

### Große Koalition

Die inhaltlichen Differenzen zur hessischen CDU sind offenkundig. Mit der hessischen CDU sind weder wichtige Schritte in Richtung soziale Gerechtigkeit zu vereinbaren, noch ist der notwendige Schritt in eine nachhaltige, durch Erneuerbare Energien bestimmte Energiewende möglich. Die Differenzen in der Rechts- und Justizpolitik werden fast täglich greifbar; die unterschiedlichen Auffassungen zur Bildungsgerechtigkeit und guter Bildung sind ebenfalls offenkundig. Die rechte hessische CDU unter ihrem „Anführer“ Roland Koch (so Innenminister Bouffier) ist somit kein geeigneter Partner für die Umsetzung unserer Wahlaussagen.

### Eine rot-grüne Regierungskoalition

„Rot-Grün“ ist die Wunschkoalition der hessischen SPD. Schon im Wahlkampf wurde deutlich, dass mit den Grünen – trotz Differenzen in Einzelfragen – die größten inhaltlichen Übereinstimmungen bestehen und man gemeinsam für die großen Projekte des Politikwechsels eintritt. Die Herausforderungen, das Haus der Bildung zu bauen, das soziale Netz neu zu knüpfen, für Gute Arbeit zu kämpfen und die Energiewende einzuleiten, können wir mit den Grünen als vertrautem Partner am ehesten umsetzen.

Die Unterstützung einer rot-grünen Landesregierung durch die Linkspartei setzt einen Diskussions- und Klärungsprozess voraus, der durch den Beschluss des Landesvorstands nach Beratung des Landesparteitats vom 3. September 2008 in Gang gesetzt worden ist.

### Regionalkonferenzen

Wir haben uns als hessische SPD nach den Sommerferien die Zeit genommen, die neue Situation, in der wir uns befinden, mit den Mitgliedern zu diskutieren und von allen Seiten zu beleuchten. Das unterscheidet uns von anderen Parteien. Wir haben der Parteibasis in vier großen Regionalkonferenzen und zahlreichen Veranstaltungen in den Unterbezirken, Wahlkreisen und Ortsvereinen die Möglichkeit zur direkten Diskussion mit der Parteispitze und den Verantwortlichen gegeben.

Regionalkonferenzen ersetzen keine Beschlüsse der demokratisch legitimierten und satzungsgemäßen Gremien, aber sie stellen Räume zur Meinungs- und Willensbildung zur Verfügung. Die vorgetragenen Argumente haben Gewicht und ihren Eingang in diese Beschlussvorlage gefunden.

In den Regionalkonferenzen gab es eine sehr große Zustimmung, eine rot-grüne Landesregierung mit Unterstützung der Partei Die Linke anzustreben und Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Die Argumente gingen von einer grundsätzlichen Überzeugung, dass die Zusammenarbeit mit Grünen und Linkspartei am ehesten unser Wahlprogramm umsetzen lässt, bis zu der Position, dass bei einer Verweigerungshaltung der FDP dieser Weg alternativlos sei und man Verantwortung übernehmen müsse.

Es gab warnende Stimmen, die auf die Unzuverlässigkeit der Linkspartei hinwiesen oder darauf, dass man auf diesem Weg die Linkspartei hoffähig mache. Und es gab kritische Stimmen mit dem Hinweis auf unsere Wahlaussage in der Koalitionsfrage und die Argumentation, dass diese unbedingt gelte und bedeutsamer sei als

inhaltliche Wahlaussagen. Vereinzelt Stimmen befürworteten eine Große Koalition, Neuwahlen oder die Fortführung der gegenwärtigen Situation (d. h. die Regierung geschäftsführend im Amt zu belassen).

### Bewertung der Linkspartei

Die SPD war immer die Partei in der Geschichte Deutschlands, die zuverlässig für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingetreten ist. So wird es auch in Zukunft bleiben, und auch deshalb wollen wir Klarheit über die Grundorientierung der Linkspartei und werden ihre weitere Entwicklung – insbesondere in Hessen – sorgfältig beobachten.

Der Landesparteirat und der Landesvorstand haben deshalb den geschäftsführenden Landesvorstand beauftragt, zum Landesparteitag eine Bewertung vorzunehmen, ob mit der Linkspartei eine verlässliche Unterstützung vereinbart werden kann und ob die Partei und Fraktion in Hessen jederzeit zur klaren Anerkennung unserer Verfassungsordnung und unserer parlamentarischen Demokratie bereit sind und gegen jede Form von Unfreiheit und Menschenrechtsverletzungen, wie sie z.B. in der DDR u.a. mit Schießbefehl, Stasi-Überwachung und der Einschränkung der Meinungs-, Wahl- und Reisefreiheit praktiziert wurden, eintreten.

Die Linkspartei hat sich am 8. September mit unseren Anforderungen auseinandergesetzt und unter anderem beschlossen:

Zitat:

*„Die Vorgängerparteien der LINKEN haben ihr Verhältnis zur Geschichte eindeutig geklärt. Wer lesen kann und will, kann das in den Beschlüssen und Programmatischen Eckpunkten nachlesen. Dort heißt es: ‚Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.“*

Die Linkspartei führt weiter aus, dass sie sich zur Verfassung bekennt und gegen jede Form von Unfreiheit und Menschenrechtsverletzungen positioniert. Die Linke hat auf Bundesebene zum Bau der Mauer ausgeführt:

*„Die Mauer richtete sich in letzter Konsequenz nicht gegen äußere Staatsfeinde, sondern gegen die individuellen Freiheitsrechte der eigenen Bürgerinnen und Bürger. Zwar hat jeder Staat das Recht und die Pflicht, seine Grenzen zu schützen, aber die Geschichte der Mauer entlang der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten steht für den Missbrauch dieses Rechtes. Die Schüsse an der Mauer auf eigene Bürgerinnen und Bürger, die ihren Staat verlassen wollten, stellen eine Verletzung elementarer Menschenrechte dar und sind durch nichts zu rechtfertigen.“*

Zum Grundgesetz führt die Linke aus:

*„Das Grundgesetz ist mit seinen Grundprinzipien der unantastbaren Menschenwürde, des sozialen Rechtsstaats und der Demokratie ein Ausgangspunkt unserer Politik, weil darin eine demokratische Veränderung der Wirtschafts- und Sozialordnung mit dem Ziel einer gerechten, friedlichen Gesellschaft verankert ist.“*

Nun sind Bekenntnisse das eine, praktische Politik manchmal das andere.

Das Abstimmungsverhalten der Linkspartei im Hessischen Landtag war bisher von

Kompromissbereitschaft geprägt. Es gibt keinen Hinweis, dass die Fraktion der Linkspartei in Hessen nicht für Demokratie und Menschenrechte eintritt. Das zeigte sich in der Beratung und Beschlussfassung des Antrags zum Schutz der tibetischen Bevölkerung genauso wie bei der Zustimmung zu einem Antrag zum Gedenken an den Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Einem Antrag „DDR-Unrechtsregime durch Handreichungen für Lehrerinnen und Lehrer aufarbeiten“ wurde ebenfalls von der Linkspartei zugestimmt. Ebenso gab es Zustimmung zu einem Antrag zum Gedenken an die Luftbrücke nach Berlin.

Alle Mitglieder der Landtagsfraktion der Linkspartei haben mittlerweile – wie viele andere Abgeordnete auch – eine Überprüfung durch die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen eingeleitet. Für die SPD steht fest, dass sie keine Unterstützung durch ein Mitglied des Landtages akzeptieren wird, das der Stasi zugearbeitet hat.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Einschätzung von Wolfgang Böhmer (CDU), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, der in einem Zeitungsinterview (Tagesspiegel, 25.7.08) feststellt, dass die Linkspartei nicht mehr mit der SED gleichzusetzen sei, man sie als politischen Faktor ernst nehmen solle und er eine Koalition der CDU mit der Linkspartei nicht generell ausschließen könne. Er hält es für sinnlos, diese Partei immer mit dem gleichen Vokabular anzugreifen. „Da muss uns etwas Intelligenteres einfallen.“

Der Landesparteirat der SPD hat außerdem beschlossen, dass es notwendig ist, mit der Linkspartei über mehrere Punkte, die die Landesgesetzgebung, den Bundesrat und den Haushalt betreffen, verbindliche Vereinbarungen zu treffen. Erste Gespräche über diese Fragen zeigen, dass der Vorstand der Linkspartei diese verlässliche Unterstützung durch einen Mitgliederentscheid sicherstellen will, so dass eine Unterstützung einer rot-grünen Landesregierung dauerhaft für die gesamte Legislaturperiode gilt.

Damit sind die Voraussetzungen erfüllt, die der Landesparteirat und der Landesvorstand formuliert hatten, um Gespräche mit der Linkspartei aufzunehmen. In den Gesprächen sollen sowohl inhaltliche Fragen geklärt, als auch die im Landesvorstandsbeschluss vom 3. September benannten Unterstützungskriterien verbindlich vereinbart werden.

### Heuchlerische Kampagne der CDU

Die CDU hat in den vergangenen Monaten ihre heuchlerische Kampagne gegen eine rot-grüne Landesregierung, die durch die Linkspartei unterstützt wird, fortgesetzt. Mit üblen Vorwürfen gegen die SPD war die CDU nie zimperlich. Die christdemokratischen Diffamierungsversuche gegenüber der SPD kennen wir seit Adenauer, haben sie während der Einleitung der Entspannungspolitik durch Willy Brandt und in fast jedem Wahlkampf als „Rote-Socken-Kampagnen“ erleben müssen. Die CDU hat sich aber ihrerseits die beiden Blockparteien Ost-CDU und Bauernpartei skrupellos einverleibt.

In Dresden, Magdeburg, Chemnitz, Cottbus und Hoyerswerda und anderen Städten arbeitet die CDU heute mit der Linkspartei auf kommunaler Ebene zusammen. In Thüringen hat die CDU Marion Walsmann zur Justizministerin berufen, obwohl diese von 1986 bis 1990 für die Block-CDU in der Volkskammer saß, zu einer Zeit

also, als die Volkskammer ihre Solidarität mit China zum Ausdruck brachte während auf dem Platz des himmlischen Friedens Tausende von Demonstranten niedergemetzelt wurden.

Ulrich Junghans, heute CDU-Landesvorsitzender von Brandenburg, ehemals Bezirksvorsitzender der Blockflöte „ Demokratischen Bauernpartei“, erklärte noch am 03.07.1989: „Was die Mauer betrifft, so lassen wir uns nicht deren Schutzfunktion ausreden.“

Damit wird klar, wenn es um ihren politischen Vorteil ging und geht, war und ist die CDU nie wählerisch sich der PDS/Linkspartei oder alter Blockflötenkader zu bedienen.

### Unsere Verpflichtung

Mit unserem Programm und unseren Inhalten haben wir am 27. Januar Zustimmung bis weit in die Mitte der Gesellschaft erreichen können. Dies ist für uns Verpflichtung, unsere inhaltlichen Wahlaussagen auch zu verwirklichen. Wir streben deshalb eine möglichst weit reichende Umsetzung unseres Regierungsprogramms *DIE ZEIT IST REIF - Sozialdemokratisches Regierungsprogramm 2008-2013* an.

Der Landesvorstand wird eine Verhandlungskommission bilden und dem außerordentlichen Landesparteitag am 01. November 2008 die Ergebnisse der Verhandlungen mit Bündnis90/Die Grünen und der Partei Die Linke zur weiteren Beschlussfassung vorlegen.

